



## Erster Teil - Allgemeine Bestimmungen

(Texte français voir page 11)

### Präambel

Vorliegender Vertrag unterliegt der luxemburgischen Gesetzgebung über das Versicherungswesen. Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien werden durch die nachfolgenden Allgemeinen Bedingungen sowie durch eventuelle Sondervereinbarungen bestimmt, die in der Versicherungspolice und gegebenenfalls in den Nachträgen enthalten sind.

### Artikel 1. Gegenstand der Versicherung

- 1) Der Versicherer sorgt nach Eintritt eines Versicherungsfalles für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers, soweit diese notwendig ist, und trägt die dem Versicherungsnehmer hierbei entstehenden Kosten. Die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen ist notwendig, wenn hinreichende Erfolgsaussichten bestehen und sie nicht mißbräuchlich oder mutwillig erscheint.
- 2) Der Versicherungsschutz bezieht sich auf die in der Versicherungspolice und ihren Nachträgen bezeichneten Wagnisse, und zwar nach Maßgabe der Besonderen Bestimmungen der Artikel 20 bis 27.

### Artikel 2. Versicherungsumfang

- 1) Der Versicherer trägt
  - a) die angemessenen Kosten und Honorare des Anwaltes, der gemäß Artikel 12 mit der Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers beauftragt wurde und der am Ort des zuständigen Gerichtes wohnhaft oder bei diesem Gericht zugelassen sein muß;
  - b) die Gerichtskosten einschließlich der Entschädigung für Zeugen sowie die Kosten des Gerichtsvollziehers mit Ausnahme der Kosten für ein Wohnungsabnahmeprotokoll oder jedes andere Protokoll über Tatsachenfeststellungen;
  - c) die Kosten und Auslagen, die in Straf- oder Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes sowie wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis entstehen;
  - d) die Kosten für Sachverständigengutachten, die durch Gerichtsbeschluß angeordnet werden oder deren Einholung der Versicherer vorher genehmigt hat;
  - e) die Kosten, die außerhalb des Großherzogtums Luxemburg vom Versicherungsnehmer aufgewendet werden müssen, um einstweilen von Strafverfolgungsmaßnahmen verschont zu bleiben (Kautions); diese Kosten werden vom Versicherer bis zu einer Höhe von 6.500,- € pro Versicherungsfall vorgestreckt;
  - f) die Reisekosten der versicherten Personen an den Ort des zuständigen ausländischen Gerichts, wenn dieses das persönliche Erscheinen der Versicherten angeordnet hat. Erstattet werden:
    - angefallene Fahrtkosten für ein öffentliches Verkehrsmittel der jeweiligen Staatsbahn in der 1. Wagenklasse oder eines Linienfluges der Economy-Klasse;
    - angefallene Fahrtkosten mit dem eigenen Kraftfahrzeug entsprechend den Richtlinien der am Tage des Reiseantritts geltenden Fassung des Code Fiscal bis zur Höhe der bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel anfallenden Kosten;

- angefallene Tage- und Übernachtungsgelder entsprechend den Richtlinien der am Tage des Reiseantritts geltenden Fassung des Code Fiscal.

Dem Versicherer sind die Belege vorzulegen. Die angefallenen Reisekosten werden in Euro, Beträge in fremder Währung unter Umrechnung in Euro entsprechend dem Wechselkurs des ersten Reisetages erstattet;

- g) die dem Gegner bei der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen entstandenen Kosten, soweit der Versicherungsnehmer zu deren Erstattung verpflichtet ist.
- 2) Der Versicherer hat die in Absatz 1) genannten Leistungen zu dem Zeitpunkt zu erbringen, in dem der Versicherungsnehmer seinerseits zur Zahlung verpflichtet ist.
- 3) Der Versicherer trägt nicht
  - a) die Kosten für mehr als drei Vollstreckungsverfahren pro Vollstreckungstitel und die Kosten für Vollstreckungsverfahren, die später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Vollstreckungstitels eingeleitet werden;
  - b) die Kosten, die ein Dritter zu tragen hat oder die ein Dritter tragen müßte, wenn keine Rechtsschutzversicherung für den Versicherungsnehmer bestünde.
- 4) Der Versicherer gewährt für jeden Versicherungsfall Versicherungsschutz in Höhe des vereinbarten Betrages, wobei die für den Versicherungsnehmer und die für die mitversicherten Personen erbrachten Leistungen zusammengezählt werden. Das gleiche gilt für Leistungen aufgrund mehrerer Versicherungsfälle, die zeitlich und ursächlich zusammenhängen. Ist vor auszusehen, daß die Kosten den vereinbarten Versicherungsbetrag übersteigen, so kann der Versicherer diesen Betrag abzüglich der bereits gezahlten Beträge hinterlegen oder dem Versicherungsnehmer auszahlen.

### Artikel 3. Örtlicher Geltungsbereich

Versicherungsschutz wird gewährt für Versicherungsfälle, die in Europa und in den außereuropäischen Anliegerstaaten des Mittelmeeres eintreten, soweit eine örtliche Gerichtszuständigkeit in diesen Ländern zur Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers gegeben ist.

### Artikel 4. Allgemeine Risikoausschlüsse

- 1) Der Versicherungsschutz nach Maßgabe der Artikel 20 bis 27 bezieht sich nicht auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen
  - a) die mittelbar oder unmittelbar mit Kriegsereignissen, feindseligen Handlungen, Revolutionen, inneren Unruhen, Aufständen, Streiks, Aussperrungen oder Erdbeben in Zusammenhang stehen;
  - b) die mittelbar oder unmittelbar mit Nuklearschäden durch Kernreaktoren oder mit genetischen Schäden aufgrund radioaktiver Strahlen in Zusammenhang stehen;

- c) aus dem Bereich des Rechtes der Handelsgesellschaften und Genossenschaften, aus Streitigkeiten zwischen Gesellschaftern und zwischen Genossenschaftsmitgliedern;
  - d) aus Streitigkeiten zwischen einer juristischen Person und ihrem gesetzlichen Vertreter, auch wenn dieser gleichzeitig Arbeitnehmer ist;
  - e) aus dem Bereich des Vereinsrechtes;
  - f) aus dem Bereich des Patent-, Urheber-, Warenzeichen- und Kartellrechts sowie des sonstigen Rechtes aus geistigem Eigentum;
  - g) aus dem Bereich des Wettbewerbs- und des Rabattrechtes;
  - h) aus dem Bereich des Handelsvertreterrechtes;
  - i) aus Spiel- und Wettverträgen;
  - j) aus Bürgschafts-, Schuldübernahme- und Garantieverträgen sowie aus Juwelen-, Transport-, Kautions-, Kredit-, Produkthaftungs- und Betriebsunterbrechungsversicherungsverträgen;
  - k) aus dem Bereich des Personen-, Ehe-, Unterhalts-, Güterstands- und Erbrechtes;
  - l) die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kauf, dem Verkauf, der Schenkung oder mit der Planung, Errichtung oder genehmigungspflichtigen baulichen Veränderung eines sich im Eigentum oder Besitz des Versicherungsnehmers befindlichen oder von diesem zu erwerbenden Grundstückes, Gebäudes oder Gebäudeteiles stehen;
  - m) aus Bergbauschäden an Grundstücken;
  - n) aus dem Bereich des kanonischen Rechtes;
  - o) aus dem Bereich des Steuer- und sonstigen Abgabe- und Gebührenrechtes;
  - p) in Verfahren vor Verfassungsgerichten sowie vor internationalen bzw. supranationalen Gerichtshöfen;
  - q) die mit einem gegen den Versicherungsnehmer eingeleiteten Konkurs- oder Vergleichsverfahren in Zusammenhang stehen;
  - r) die mit Planfeststellungs-, Flurbereinigungs-, Umlage- und Enteignungsangelegenheiten sowie mit Bauungsplänen in Zusammenhang stehen;
  - s) aus dem Bereich des Verwaltungsrechtes soweit nicht ausdrücklich nach den besonderen Bestimmungen Versicherungsschutz besteht.
- 2) Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Verträgen, die mit dem Versicherer selbst abgeschlossen werden.
  - 3) Der Versicherungsschutz bezieht sich nicht auf die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Ansprüchen, die nach Eintritt des Versicherungsfalles an den Versicherungsnehmer abgetreten worden oder in sonstiger Weise auf ihn übergegangen sind sowie aus Ansprüchen Dritter, die der Versicherungsnehmer in eigenem Namen geltend macht.
  - 4) Bei Verbrechen besteht kein Versicherungsschutz. Bei Vergehen besteht Versicherungsschutz nur dann, wenn dem Versicherungsnehmer die fahrlässige oder unfreiwillige Begehung einer Tat vorgeworfen wird. Bei Vergehen, denen die Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift aus dem Gebiet des Straßenverkehrs zugrunde liegt, besteht auch dann Versicherungsschutz, wenn nicht rechtskräftig festgestellt wird, daß der Versicherungsnehmer das Vergehen vorsätzlich begangen hat.
  - 5) Die Zahlung von Geldstrafen oder -bußen ist vom Versicherungsschutz ausgeschlossen.
  - 6) Für Versicherungsfälle, die dem Versicherer später als ein Jahr nach Eintritt des Versicherungsfalles oder später als ein Jahr nach Beendigung des Versicherungsvertrages für das in Betracht stehende Risiko gemeldet werden, besteht kein Versicherungsschutz.

## Artikel 5. Vertragsabschluß und Beginn des Versicherungsschutzes

- 1) Der Vertrag entsteht mit der Unterzeichnung der getroffenen Vereinbarung durch die vertragschließenden Parteien. Der Versicherungsvertrag tritt frühestens mit Beginn des auf die Unterzeichnung folgenden Tages in Kraft, wenn nicht ein späterer Beginn nach Datum und Uhrzeit von den Vertragschließenden vereinbart worden ist, und zwar jeweils zur festgesetzten Stunde, auch wenn die erste Prämie noch nicht bezahlt ist. Die Möglichkeit der Vereinbarung einer Wartezeit bleibt hiervon unberührt.
- 2) Der Versicherer ist verpflichtet, dem Versicherungsnehmer ein Dokument über den Versicherungsvertrag (Versicherungspolice) auszuhändigen. Wenn der Versicherungsnehmer nicht innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt der Versicherungspolice eine Berichtigung oder Abänderung schriftlich beantragt, so gilt der Versicherungsvertrag in dem Umfang und unter den Bedingungen als abgeschlossen, die aus der Versicherungspolice zu entnehmen sind.

## Artikel 6. Vertragsdauer

Der Vertrag wird für den in der Versicherungspolice festgesetzten Zeitraum abgeschlossen. Die vereinbarte Vertragsdauer darf jedoch fünf Jahre nicht überschreiten. Bei einer Vertragsdauer von mindestens einem Jahr verlängert sich der Vertrag stillschweigend um jeweils ein Jahr, es sei denn, er wird mittels eingeschriebenem Brief drei Monate vor Ablauf der Vertragsdauer gekündigt. Bei einer Versicherungsdauer von weniger als einem Jahr endet der Vertrag zu dem vereinbarten Zeitpunkt, ohne daß es einer Kündigung bedarf.

Der Vertrag kann unabhängig von der vereinbarten Laufzeit sowohl vom Versicherungsnehmer als auch vom Versicherer jährlich zum Fälligkeitsdatum der Jahresprämie unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten durch eingeschriebenen Brief gekündigt werden.

## Artikel 7. Beitragszahlung

- 1) Die Beiträge sind jährlich und im voraus für ein Jahr zu zahlen. Sie sind am Sitz des Versicherers einzuzahlen. Es kann eine Zahlung von im voraus zu zahlenden Raten vereinbart werden. Die nach einer solchen Vereinbarung nicht sofort fälligen Raten der Jahresprämie sind gestundet. Ist der Versicherungsnehmer mit einer vereinbarten Rate in Verzug, so kann der Versicherer auch die Zahlung aller übrigen Raten des Jahresbeitrages, die noch nicht fällig sind, verlangen. Hierdurch wird die vereinbarte Stundung aufgehoben.
- 2) Alle Beiträge sind am Fälligkeitstag zu zahlen.
- 3) Ist der Versicherungsnehmer länger als 10 Tage nach Fälligkeit des Beitrags in Verzug, so kann der Versicherer ihm per Einschreiben eine Frist von 30 Tagen zur Zahlung setzen. Zahlt der Versicherungsnehmer nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so ist der Versicherer berechtigt,
  - a) den Vertrag außer Wirkung zu setzen, was ihn von jeder Leistungspflicht entbindet. Die Verpflichtung zur Zahlung der Prämie, auch für die Dauer der Leistungsfreiheit, bleibt bestehen. Wurde dem Versicherer der fällige Beitrag in voller Höhe einschließlich der möglicherweise angefallenen Eintreibungs- und Mahnkosten bezahlt, so tritt der Versicherungsschutz um 00.00 Uhr des Tages nach der Zahlung wieder in Kraft. Der Versicherer ist nicht verpflichtet, Versicherungsschutz für Versicherungsfälle zu gewähren, die sich innerhalb des Zeitraumes der Stillelegung des Vertrages ereignet haben;
  - b) den Vertrag nach Ablauf weiterer 10 Tage mit sofortiger Wirkung zu kündigen. In diesem Falle sind die rückständigen Prämien bis zum Datum der Kündigung zu zahlen.
- 4) Im Falle einer Beitragserhöhung hat der Versicherer das Recht, vom Versicherungsnehmer den neuen Beitrag ab dem nächsten jährlichen Fälligkeitstermin zu verlangen. Der Versicherungsnehmer muß jedoch hiervon mindestens 3 Monate vor Fälligkeit des erhöhten Beitrages mittels eingeschriebenem Brief in Kenntnis gesetzt werden. Er kann innerhalb von 30 Tagen, vom Absendedatum dieses Briefes an gerechnet, seinen Vertrag mittels eingeschriebenem

Brief zum Tage der Fälligkeit des erhöhten Beitrages kündigen. Erfolgt eine derartige Kündigung nicht, gilt der neue Beitrag nach Ablauf der 30-tägigen Frist als zwischen den Parteien vereinbart.

- 5) Im Falle einer Beitragsherabsetzung wird der neue Beitrag vom Versicherungsnehmer ab dem nächsten jährlichen Fälligkeitstermin geschuldet.
- 6) a) Die Jahresprämien und die Versicherungssummen verändern sich bei jeder Jahresfälligkeit gemäß dem in Luxemburg vom statistischen Amt (Statec) veröffentlichten Index der Lebenshaltungskosten (Basis=100 zum 1.1.1948).
- b) Die Veränderungen der Jahresprämien und der Versicherungssummen werden im Verhältnis des Index beim Vertragsabschluß zum Index beim Fälligkeitstag berechnet:
  - Als Index beim Vertragsabschluß gilt der letzte bis zum 31.12. des Jahres vor dem Inkrafttreten des Versicherungsvertrages oder des Nachtrages vom statistischen Amt (Statec) veröffentlichte Index.
  - Als Index beim Fälligkeitstag gilt der letzte bis zum 31.12. des Jahres vor dem Fälligkeitstag vom statistischen Amt (Statec) veröffentlichte Index.
- c) Erhöht sich durch die Indexierung die Jahresprämie um mehr als 20% oder verdoppelt sich die bei Vertragsabschluß vereinbarte Prämie während der Vertragsdauer, so kann der Versicherungsnehmer innerhalb eines Monats, nachdem ihm die Beitragserhöhung mitgeteilt wurde, den Versicherungsvertrag kündigen und zwar zu dem Zeitpunkt, zu welchem die Beitragserhöhung wirksam werden sollte.

## Artikel 8. Erhöhung, Verminderung und Wegfall des Risikos

- 1) Tritt nach Abschluß des Vertrages ein Umstand ein, der nach dem jeweils gültigen Tarif des Versicherers einen höheren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, kann der Versicherer die Zahlung des höheren Tarifbeitrags ab dem Eintritt dieses Umstandes verlangen.
- 2) Tritt nach Abschluß des Vertrages ein Umstand ein, der nach dem jeweils gültigen Tarif des Versicherers einen geringeren als den vereinbarten Beitrag rechtfertigt, kann der Versicherungsnehmer eine Herabsetzung des Beitrages auf den Tarifbeitrag ab dem Eintritt dieses Umstandes verlangen. Setzt der Versicherungsnehmer den Versicherer später als einen Monat nach Eintritt des Umstandes hiervon in Kenntnis, wird der Beitrag vom Erhalt dieser Mitteilung an herabgesetzt. Können sich der Versicherer und der Versicherungsnehmer nicht innerhalb eines Monats ab Mitteilung der Risikoverminderung auf einen neuen Tarif einigen, kann der Versicherungsnehmer den Versicherungsvertrag mit sofortiger Wirkung kündigen.
- 3) Fällt das versicherte Risiko weg, erlischt der Versicherungsvertrag. Fällt eines von mehreren versicherten Risiken weg, beschränkt sich der Versicherungsschutz auf die verbleibenden Risiken. Zeigt der Versicherungsnehmer dem Versicherer den Wegfall des Risikos innerhalb eines Monats an, hat der Versicherer Anspruch auf den Beitrag bzw. Beitragsanteil bis zum Wegfall des Risikos. Erhält der Versicherer diese Anzeige später als einen Monat nach Entfallen des Risikos, hat er Anspruch auf den Beitrag bzw. Beitragsanteil bis zum Eingang der Anzeige.
- 4) Wird ein nicht existierendes Risiko versichert oder hat sich das Risiko bereits realisiert, ist der Versicherungsvertrag für dieses Risiko nichtig. Der Versicherer ist in diesen Fällen berechtigt, die Erstattung seiner Kosten zu verlangen. Erfolgt der Abschluß eines derartigen Vertrages seitens des Versicherungsnehmers in böswilliger Absicht oder infolge eines nicht entschuldbaren Irrtums, hat der Versicherer Anspruch auf den Beitrag für die Zeit vom Beginn des Vertrages bis zu dem Tag, an dem er von dem Nichtvorhandensein des Risikos Kenntnis erlangt.

## Artikel 9. Rechtslage dritter Personen

- 1) Es besteht Versicherungsschutz für die Wahrnehmung von Interessen einer jeden natürlichen Person, die aufgrund von Tötung, Körperverletzung oder Krankheit des Versicherungsnehmers eigene Schadenersatzansprüche geltend machen kann.
- 2) Der Versicherungsnehmer ist, wenn nichts anderes vereinbart wurde, als einziger berechtigt, für sich und die sonstigen Versicherten die Rechte aus dem Versicherungsvertrag wahrzunehmen. Der Versicherer hat jedoch das Recht, den sonstigen Versicherten Versicherungsschutz zu gewähren, solange der Versicherungsnehmer keine Einwendungen erhebt.
- 3) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen der aufgrund desselben Versicherungsvertrages versicherten Personen untereinander oder gegen den Versicherungsnehmer.
- 4) Alle Bestimmungen sind sinngemäß für und gegen die mitversicherten Personen anwendbar. Unabhängig hiervon ist der Versicherungsnehmer gemeinschaftlich mit den mitversicherten Personen verpflichtet, die aus dem Vertrag entstehenden Obliegenheiten zu erfüllen.

## Artikel 10. Eintritt des Versicherungsfalles

- 1) Bei Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen gilt der Eintritt des Schadenereignisses, das dem Anspruch zugrunde liegt, als Versicherungsfall.
- 2) Wird dem Versicherungsnehmer die Verletzung einer Vorschrift des Straf-, Polizei-, Ordnungs- oder Disziplinarrechtes vorgeworfen, gilt der Versicherungsfall in dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem der Versicherungsnehmer begonnen hat oder begonnen haben soll, diese Vorschrift zu verletzen. Das gleiche gilt bei Verfahren wegen Fahrverbotes sowie wegen Entzuges, Einschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis, soweit diese im Zusammenhang mit der Verletzung einer Vorschrift des Straf- oder Polizeirechtes eingeschränkt oder entzogen worden ist.
- 3) In allen anderen Fällen gilt der Versicherungsfall in dem Zeitpunkt als eingetreten, in dem der Versicherungsnehmer, sein Gegner oder ein Dritter erstmals begonnen hat oder begonnen haben soll, gegen eine Vereinbarung, eine Rechtspflicht oder eine Rechtsvorschrift zu verstoßen. Bei mehreren Verstößen ist der erste adäquat ursächliche Verstoß maßgeblich. Erfolgt ein solcher Verstoß innerhalb der ersten drei Monate nach Versicherungsbeginn, so besteht noch kein Versicherungsschutz.

## Artikel 11. Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall

- 1) Begehrt der Versicherungsnehmer Versicherungsschutz, ist er verpflichtet,
  - a) unverzüglich nach Eintritt des Versicherungsfalles, den Versicherer vollständig und wahrheitsgemäß über sämtliche Umstände des Versicherungsfalles zu unterrichten sowie Beweismittel und Unterlagen anzugeben und diese auf Ersuchen dem Versicherer zur Verfügung zu stellen; dies gilt in gleicher Weise für den Fall, daß ein Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers beauftragt worden ist;
  - b) den Versicherer über den Stand des Verfahrens zu unterrichten und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Aufklärung des Sachverhaltes zu ergreifen;
  - c) vor der Einleitung kostenauslösender Maßnahmen, insbesondere bei Klageerhebung oder Rechtsmittel einlegung, die schriftliche Zustimmung des Versicherers einzuholen;
  - d) alles zu vermeiden, was eine unnötige Erhöhung der Kosten oder eine Erschwerung ihrer Erstattung durch die Gegenseite verursachen könnte.

- 2) Kommt der Versicherungsnehmer einer der in Absatz 1) genannten Verpflichtungen nicht nach, ist der Versicherer von seiner Leistungspflicht frei.

## **Artikel 12. Benennung und Beauftragung des Rechtsanwaltes**

- 1) Ist die Einschaltung eines Rechtsanwaltes erforderlich, ist der Versicherungsnehmer berechtigt, dem Versicherer einen Rechtsanwalt zu benennen, der seine rechtlichen Interessen wahrnehmen soll und dessen Kosten und Honorare der Versicherer gemäß Artikel 2 Absatz 1) a) zu tragen hat. Benennt der Versicherungsnehmer keinen Rechtsanwalt, kann der Versicherer im Namen des Versicherungsnehmers von diesem Recht Gebrauch machen.
- 2) Der Versicherer übernimmt nur die Kosten und Honorare eines Rechtsanwaltes pro Schadenfall, es sei denn, der Anwaltswechsel erfolgt aus einem berechtigten Grund. Berechtigte Gründe im Sinne dieser Bestimmung sind ausschließlich der Tod des Rechtsanwaltes oder die Aufgabe seiner Tätigkeit. Jeder Anwaltswechsel aus einem anderen Grund gilt als nicht berechtigt.
- 3) Der Rechtsanwalt wird ausschließlich durch den Versicherer namens und im Auftrag des Versicherungsnehmers beauftragt. Beauftragt der Versicherungsnehmer selbst einen Rechtsanwalt ohne vorherige Zustimmung des Versicherers, so ist der Versicherer von seiner Leistungspflicht frei.
- 4) Der Rechtsanwalt trägt dem Versicherungsnehmer gegenüber die Verantwortung für die Durchführung seines Auftrages. Der Versicherer ist für die Tätigkeit des Rechtsanwaltes nicht verantwortlich.

## **Artikel 13. Sonstige Rechte und Pflichten des Versicherers**

- 1) Der Versicherer ist berechtigt und, wenn es der Versicherungsnehmer will, verpflichtet, die Interessen des Versicherungsnehmers dadurch zu wahren, daß er versucht, die Beilegung der Angelegenheit zu erreichen, bevor ein Rechtsanwalt beauftragt wird.
- 2) Der Versicherer kann seine Leistungspflicht verweigern, wenn er die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers für nicht notwendig hält (Artikel 1 Absatz 1). Verweigert der Versicherer aus diesem Grund seine Leistungspflicht, ist er verpflichtet, dies dem Versicherungsnehmer unter Angabe der Gründe sofort schriftlich mitzuteilen.
- 3) Sorgt der Versicherungsnehmer trotz der Verweigerung der Leistungspflicht des Versicherers selbst für die Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen und hat er dabei Erfolg, muß der Versicherer den Versicherungsnehmer so stellen, als ob der Versicherer von Anfang an in dem Umfang für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen gesorgt hätte, in dem diese Erfolg hatte.
- 4) Bejaht der Versicherer seine Leistungspflicht für einen Versicherungsfall, ist er innerhalb eines Monats nach der ersten Zahlung einer Versicherungsleistung berechtigt, den Versicherungsvertrag mit einer Frist von einem Monat durch eingeschriebenen Brief zu kündigen.
- 5) Der Versicherungsnehmer hat das Recht, einen Rechtsanwalt zu beauftragen, wenn zwischen ihm und dem Versicherer ein Interessenkonflikt im Sinne von Artikel 94 des Gesetzes vom 27.7.1997 über den Versicherungsvertrag entsteht.
- 6) Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer im Hinblick auf die zur Beilegung der Meinungsverschiedenheit anzunehmende Haltung, insbesondere bei Meinungsverschiedenheiten über die Erfolgsaussichten einer Klage, kann die Angelegenheit einem von beiden Parteien gemeinsam bestimmten Schiedsrichter zur Entscheidung vorgelegt werden. Jede Partei trägt die Hälfte der Kosten des Schiedsrichters. Wenn keine Einigung über die Person des Schiedsrichters erfolgt, wird dieser durch einen Beschluß des Schnellrichters des Bezirksgerichtes am Wohnsitz des Versicherungsnehmers bestimmt.

## **Artikel 14. Erstattung von Kosten an den Versicherer**

- 1) Ansprüche des Versicherungsnehmers auf Erstattung von Kosten, die der Versicherer für ihn verauslagt hat, gehen mit ihrer Entstehung auf den Versicherer über. Zu diesen Ansprüchen auf Erstattung von Kosten zählt auch eine dem Versicherungsnehmer zuerkannte Prozeßkostenentschädigung. Bereits an den Versicherungsnehmer gezahlte Beträge sind dem Versicherer zu erstatten.
- 2) Der Versicherungsnehmer hat den Versicherer bei der Geltendmachung der auf ihn übergegangenen Kostenerstattungsansprüche gegen einen Dritten zu unterstützen. Er hat ihm insbesondere auf Anforderung die zum Nachweis des Forderungsüberganges benötigten Beweismittel auszuhändigen.
- 3) Der Versicherungsnehmer ist zur Rückzahlung der vom Versicherer gemäß Artikel 2 Absatz 1) e) erbrachten Leistungen (Kautio) verpflichtet, soweit diese Leistungen als Strafe, Geldbuße oder als Sicherheit für die Durchsetzung der gegen den Versicherungsnehmer erhobenen Schadenersatzansprüche einbehalten werden oder wenn die Kautio verfällt.

## **Artikel 15. Abtretung von Versicherungsansprüchen**

Versicherungsansprüche können, solange sie ihrem Grund und ihrer Höhe nach nicht endgültig festgestellt sind, nicht abgetreten werden, es sei denn, daß sich der Versicherer hiermit schriftlich einverstanden erklärt.

## **Artikel 16. Aufrechnung**

Gegen die Ansprüche des Versicherers kann der Versicherungsnehmer oder ein sonstiger Versicherter nicht mit irgendwelchen ihnen gegen den Versicherer zustehenden Ansprüchen aufrechnen.

## **Artikel 17. Verjährung**

Alle Ansprüche aus einem Versicherungsvertrag verjähren nach drei Jahren. Diese Frist beginnt mit Eintritt des Ereignisses, das dem Anspruch zugrunde liegt.

## **Artikel 18. Anzeigen und Erklärungen**

- 1) Anzeigen und Erklärungen des Versicherungsnehmers oder sonstiger Versicherter müssen schriftlich abgegeben und dem Versicherer zugeleitet werden.
- 2) Die zwischen dem Versicherungsnehmer einerseits und den Agenten, Vertretern und Angestellten des Versicherers andererseits getroffenen Vereinbarungen sind nur dann gültig, wenn sie vom Versicherer schriftlich bestätigt wurden.

## **Artikel 19. Gerichtliche Zuständigkeit**

- 1) Für alle aus dem Versicherungsvertrag entstehenden Streitigkeiten sind ausschließlich die Gerichte des Großherzogtums Luxemburg zuständig.
- 2) Im Zweifelsfall ist ausschließlich die deutsche Fassung der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung maßgebend.

## Zweiter Teil - Besondere Bestimmungen

### Artikel 20. Fahrzeug-Rechtsschutz

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Eigentümer, Halter, Fahrer oder Insasse des in der Versicherungspolice bezeichneten Fahrzeuges gewährt. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf jede andere Person, die berechtigt ist, das versicherte Fahrzeug als Fahrer oder Insasse zu benutzen.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen;
  - c) die Verteidigung in Verfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift des Straßenverkehrs. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis.
- 4) Aufgrund besonderer Vereinbarung kann der Versicherungsschutz auf die in Absatz 3) a), c) und d) genannten Leistungen beschränkt werden.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeuges bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeugs nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.
- 6) Ersatzfahrzeugregelung:
  - a) Wird ein versichertes Fahrzeug veräußert oder fällt das Risiko auf sonstige Weise weg, geht der Versicherungsschutz abweichend von Artikel 8 Absatz 3) auf ein gleichartiges anderes Fahrzeug des Versicherungsnehmers über, das an die Stelle des bisher versicherten Fahrzeuges tritt (Ersatzfahrzeug). Als gleichartige Fahrzeuge gelten jeweils Krafträder, Personenkraft- und Kombiwagen, Lastkraftwagen und sonstige Nutzfahrzeuge, Omnibusse, Anhänger einschließlich Wohnwagen, Schiffe und Flugzeuge.
  - b) Wird ein Fahrzeug, das an die Stelle des bisher versicherten Fahrzeuges treten soll, erworben, bevor das Risiko entfiel, geht der Versicherungsschutz mit dem Erwerb auf das Ersatzfahrzeug über. Das bisher versicherte Fahrzeug ist bis zu seiner Veräußerung mitversichert, maximal für die Dauer von einem Monat nach Erwerb des neuen Fahrzeuges, doch nicht länger als für die Dauer des Versicherungsvertrages. Das innerhalb eines Monats vor Entfallen des Risikos erworbene Fahrzeug gilt als Ersatzfahrzeug.
  - c) Als Ersatzfahrzeug gilt auch ein Fahrzeug, das innerhalb von sechs Monaten nach Entfallen des Risikos erworben wird. In diesem Fall verlängert sich der Versicherungsvertrag um den gleichen Zeitraum, in dem der Versicherer kein Risiko zu übernehmen hatte. Zeigt der Versicherungsnehmer dem Versicherer den Wegfall des Risikos innerhalb eines Monats an, hat der Versicherer Anspruch auf den Beitragsanteil bis zum Wegfall des Risikos. Geht diese Anzeige später als einen Monat nach Entfallen des Risikos beim Versicherer ein, gebührt diesem der anteilige Beitrag bis zum Eingang der Anzeige.

- d) Umfaßt der Versicherungsschutz die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, erstreckt er sich auch auf das Rechtsgeschäft, das dem Erwerb des Ersatzfahrzeugs zugrunde liegt, soweit dieses Rechtsgeschäft innerhalb der Laufzeit des Versicherungsvertrages abgeschlossen wurde.
- e) Die Veräußerung des versicherten Fahrzeugs oder der sonstige Wegfall des Risikos muß dem Versicherer unverzüglich gemeldet werden. Das gleiche gilt für den Kauf eines Ersatzfahrzeuges, dessen amtliches Kennzeichen in der Anzeige anzugeben ist. Unterläßt der Versicherungsnehmer eine Anzeige über den Kauf eines Ersatzfahrzeuges, ist der Versicherer von seiner Leistungspflicht für dieses Fahrzeug entbunden, es sei denn, die Anzeige wurde ohne Verschulden des Versicherungsnehmers unterlassen.
- f) Ist kein Ersatzfahrzeug bei Wegfall des Risikos vorhanden und erwirbt der Versicherungsnehmer keines innerhalb von sechs Monaten nach Wegfall des Risikos, ist der Versicherer verpflichtet, auf Anzeige des Versicherungsnehmers den Versicherungsvertrag ab dem Zeitpunkt des Wegfalls des Risikos aufzuheben. Erhält der Versicherer diese Anzeige später als einen Monat nach Ablauf der Frist von sechs Monaten, wird der Versicherungsvertrag zu diesem Zeitpunkt aufgehoben. Dem Versicherer gebührt der anteilige Beitrag bis zur Aufhebung des Versicherungsvertrages.

### Artikel 21. Verkehrs-Rechtsschutz

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Eigentümer, Halter, Fahrer oder Insasse aller bei Vertragsabschluß und während der Vertragsdauer auf ihn zugelassenen Fahrzeuge und als Fahrer fremder, nicht auf ihn zugelassenen Fahrzeuge gewährt. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf jede andere Person, die berechtigt ist, ein versichertes Fahrzeug als Fahrer oder Insasse zu benutzen.
- 2) Der Versicherungsschutz kann auf die Eigenschaft des Versicherungsnehmers als Eigentümer oder Insasse aller bei Vertragsabschluß und während der Vertragsdauer auf ihn zugelassenen gleichartigen Fahrzeuge sowie als Fahrer fremder, nicht auf ihn zugelassenen Fahrzeuge beschränkt werden. Als gleichartige Fahrzeuge gelten jeweils Krafträder, Personenkraft- und Kombiwagen, Lastkraftwagen und sonstige Nutzfahrzeuge, Omnibusse, Anhänger einschließlich Wohnwagen, Schiffe und Flugzeuge. In diesem Fall erstreckt sich der Versicherungsschutz auf alle Personen in ihrer Eigenschaft als berechnigte Fahrer oder berechnigte Insassen der auf den Versicherungsnehmer zugelassenen gleichartigen Fahrzeuge.
- 3) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 4) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen;
  - c) die Verteidigung in Verfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift des Straßenverkehrs. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeuges bei Eintritt

des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.

- 6) Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Zugang einer Aufforderung, dem Versicherer die Zulassung jedes, im Falle des Absatzes 2) jedes gleichartigen, bisher nicht gemeldeten Fahrzeuges anzuzeigen. Tritt ein Versicherungsfall ein und ist die Zulassung des betroffenen Fahrzeuges trotz Aufforderung noch nicht angezeigt, ist für das Fahrzeug, für das die Anzeige unterlassen wurde, der Versicherungsschutz ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer nachweist, daß das Fahrzeug nach Abschluß des Versicherungsvertrages zugelassen wurde und der Versicherungsfall zu einem Zeitpunkt eingetreten ist, in dem die Anzeigefrist noch nicht verstrichen war.
- 7) Ist ein auf den Versicherungsnehmer zugelassenes Fahrzeug weniger als fünf Monate stillgelegt und bei der Zulassungsstelle abgemeldet, findet Artikel 8 Absatz 3) keine Anwendung. Wird ein Fahrzeug, das länger als fünf Monate stillgelegt und abgemeldet war, wieder zugelassen, gilt Absatz 6) Satz 1 entsprechend.
- 8) Ist der Versicherungsnehmer seit mindestens sechs Monaten nicht mehr Eigentümer oder Halter von Fahrzeugen kann er, soweit er nicht von seinem Recht gemäß Artikel 8 Absatz 3) Gebrauch macht, verlangen, daß der Versicherungsvertrag ab dem Zeitpunkt aufgehoben wird, seit dem der Versicherungsnehmer nicht mehr Eigentümer oder Halter von Fahrzeugen ist. Stellt der Versicherungsnehmer diesen Antrag später als einen Monat nach Ablauf des in Satz 1 genannten Mindestzeitraumes von sechs Monaten, ist der Versicherer verpflichtet, den Versicherungsvertrag zu dem Zeitpunkt aufzuheben, in dem der Antrag bei ihm eingeht. Dem Versicherer gebührt der anteilige Beitrag bis zur Aufhebung des Versicherungsvertrags.

## Artikel 22. Fahrer-Rechtsschutz

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Fahrer fremder, nicht auf ihn zugelassener Fahrzeuge gewährt.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Verteidigung in Verfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift des Straßenverkehrs. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - c) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis.
- 4) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war.
- 5) Fahrer-Rechtsschutz für Unternehmen:
  - a) Es kann ebenfalls Versicherungsschutz gewährt werden einem in der Versicherungspolice bezeichneten Unternehmen für sämtliche dort als Kraftfahrer tätigen Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Fahrer. Versicherungsschutz besteht für diese Kraftfahrer nicht, wenn sie ihre eigenen Fahrzeuge fahren. Der Versicherungsschutz be-

schränkt sich auf die Ausübung der beruflichen Tätigkeit der Fahrer für das versicherte Unternehmen.

- b) Das versicherte Unternehmen ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Zugang einer Aufforderung dem Versicherer die Einstellung eines jeden, bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht angemeldeten Fahrers bekanntzugeben. Tritt ein Versicherungsfall ein und ist die Einstellung trotz Aufforderung des Versicherers noch nicht gemeldet, besteht für den Fahrer, dessen Einstellung nicht gemeldet wurde, kein Versicherungsschutz. Dies gilt nicht, wenn das versicherte Unternehmen beweisen kann, daß dieser Fahrer nach Abschluß des Versicherungsvertrages eingestellt wurde und der Versicherungsfall zu einem Zeitpunkt eingetreten ist, in dem die Meldefrist noch nicht abgelaufen war.

## Artikel 23. Rechtsschutz für Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige

- 1) Versicherungsschutz wird Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen in ihrer in der Versicherungspolice bezeichneten Eigenschaft gewährt. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Arbeiter und Angestellte des Versicherungsnehmers in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit für den Versicherungsnehmer. Versicherungsschutz wird ferner den Familienangehörigen des Versicherungsnehmers gewährt, soweit sie in dessen Berufsbereich tätig sind.
- 2) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus Arbeitsverträgen;
  - c) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren.
- 3) Der Versicherungsschutz kann auf die gerichtliche Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen ausgedehnt werden, unter der Bedingung, daß der Streitwert einen in der Versicherungspolice genannten Betrag übersteigt. Bestimmt sich der Streitwert nach Ansprüchen oder Teilansprüchen, die zu verschiedenen Zeiten fällig geworden sind, wird Versicherungsschutz nur gewährt für Ansprüche oder Teilansprüche, die gleichzeitig fällig geworden sind und den in der Versicherungspolice genannten Betrag übersteigen.
- 4) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
  - a) als Eigentümer, Halter, Fahrer, Mieter oder Leasingnehmer von Fahrzeugen;
  - b) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile.
- 5) Rechtsschutzversicherung für Kraftfahrzeughandel, Kraftfahrzeughandwerk, Fahrschulen und Tankstellen:
  - a) Ist der Versicherungsnehmer Inhaber eines Betriebes für Kraftfahrzeughandel oder Kraftfahrzeughandwerk, Inhaber einer Fahrschule oder Tankstelle, genießt er abweichend von Absatz 4) Versicherungsschutz auch in seiner Eigenschaft als Eigentümer oder Fahrer von Fahrzeugen, die auf ihn zugelassen sind.
  - b) Wenn andere Personen die auf den Versicherungsnehmer zugelassenen Fahrzeuge berechtigterweise als Fahrer oder als Insasse benutzen, genießen diese ebenfalls Versicherungsschutz. Versicherungsschutz wird auch den laut Absatz 1) mitversicherten Personen gewährt, wenn diese als Fahrer oder Insassen berechtigterweise ein nicht auf den Versicherungsnehmer zugelassenes Fahrzeug benutzen, das sich bei Eintritt des Versicherungsfalles vorübergehend im Betrieb des Versicherungsnehmers befand.

- c) Zusätzlich zu Absatz 2) umfaßt der Versicherungsschutz die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- aus schuldrechtlichen Verträgen, die der Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Eigentümer von Fahrzeugen, die auf ihn zugelassen sind, abschließt;
  - in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis.
- d) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeugs bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeugs nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen war oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.
- 6) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.

## Artikel 24. Privat- und Berufs-Rechtsschutz für Familien oder Lebensgemeinschaften

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer, dessen Ehegatten bzw. Lebensgefährten, den minderjährigen Kindern sowie den unverheirateten volljährigen Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, wenn sich letztere in Schulausbildung befinden. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers und der mitversicherten Personen steht.
- 2) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
- a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeits- und Anstellungsverträgen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur;
  - c) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - e) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;
  - f) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.
- 3) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- a) als Eigentümer, Halter, Fahrer, Mieter oder Leasingnehmer von Motorfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhängern;
  - b) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;
  - c) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.

## Artikel 24. a) Privat-Rechtsschutz für Rentner oder Pensionäre

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer, dessen Ehegatten bzw. Lebensgefährten, den minderjährigen Kindern sowie den unverheirateten volljährigen Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, wenn sich letztere in Schulausbildung befinden. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer Berufstätigkeit des Versicherungsnehmers und der mitversicherten Personen steht.
- 2) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
- a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - c) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - d) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;
  - e) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.
- 3) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- a) als Eigentümer, Halter, Fahrer, Mieter oder Leasingnehmer von Motorfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhängern;
  - b) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;
  - c) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.

## Artikel 24. b) Privat- und Berufs-Rechtsschutz für Einzelpersonen

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer als Einzelperson gewährt. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers steht.
- 2) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
- a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeits- und Anstellungsverträgen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur;
  - c) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - e) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht

mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;

- f) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.
- 3) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- a) als Eigentümer, Halter, Fahrer, Mieter oder Leasingnehmer von Motorfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhängern;
  - b) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;
  - c) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.

## **Artikel 25. Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Familien oder Lebensgemeinschaften**

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer, dessen Ehegatten bzw. Lebensgefährten, den minderjährigen Kindern sowie den unverheirateten volljährigen Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, wenn sich letztere in Schulausbildung befinden. Letztere ausgenommen, umfaßt der Versicherungsschutz die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers und seiner mitversicherten Familienangehörigen in ihrer Eigenschaft als Eigentümer aller während der Vertragsdauer auf sie zugelassenen Fahrzeuge und in ihrer Eigenschaft als Fahrer sämtlicher Fahrzeuge. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Personen, die berechtigt sind, Fahrzeuge, die auf den Versicherungsnehmer oder seine mitversicherten Familienangehörigen zugelassen sind, als Fahrer oder als Insasse zu benutzen. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers und der mitversicherten Personen steht.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
- a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die in der Eigenschaft als Eigentümer und Fahrer von Fahrzeugen geschlossen werden;
  - c) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeits- und Anstellungsverträgen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur;
  - d) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - e) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis;
  - f) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - g) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;

h) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.

- 4) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- a) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;
  - b) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeugs bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.

## **Artikel 25. a) Privat- und Verkehrs-Rechtsschutz für Rentner oder Pensionäre**

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer, dessen Ehegatten bzw. Lebensgefährten, den minderjährigen Kindern sowie den unverheirateten volljährigen Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, wenn sich letztere in Schulausbildung befinden. Letztere ausgenommen, umfaßt der Versicherungsschutz die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers und seiner mitversicherten Familienangehörigen in ihrer Eigenschaft als Eigentümer aller während der Vertragsdauer auf sie zugelassenen Fahrzeuge und in ihrer Eigenschaft als Fahrer sämtlicher Fahrzeuge. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Personen, die berechtigt sind, Fahrzeuge, die auf den Versicherungsnehmer oder seine mitversicherten Familienangehörigen zugelassen sind, als Fahrer oder als Insasse zu benutzen. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer Berufstätigkeit des Versicherungsnehmers und der mitversicherten Personen steht.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
- a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die in der Eigenschaft als Eigentümer und Fahrer von Fahrzeugen geschlossen werden;
  - c) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - d) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis;
  - e) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - f) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;
  - g) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.

- 4) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
  - a) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;
  - b) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeuges bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.

### **Artikel 25. b) Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Einzelpersonen**

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer als Einzelperson gewährt. Der Versicherungsschutz umfaßt die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers in seiner Eigenschaft als Eigentümer aller während der Vertragsdauer auf ihn zugelassenen Fahrzeuge und in seiner Eigenschaft als Fahrer sämtlicher Fahrzeuge. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Personen, die berechtigt sind, Fahrzeuge, die auf den Versicherungsnehmer zugelassen sind, als Fahrer oder als Insasse zu benutzen. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers steht.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die in der Eigenschaft als Eigentümer und Fahrer von Fahrzeugen geschlossen werden;
  - c) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeits- und Anstellungsverträgen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur;
  - d) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - e) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis;
  - f) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - g) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;
  - h) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.
- 4) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
  - a) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile;

- b) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeuges bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.

### **Artikel 26. Landwirtschafts- und Verkehrs-Rechtsschutz**

- 1) Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer in seiner Eigenschaft als Inhaber eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, dessen Ehegatten bzw. Lebensgefährten, den minderjährigen Kindern sowie den unverheirateten volljährigen Kindern bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, wenn sich letztere in Schulausbildung befinden. Letztere ausgenommen, umfaßt der Versicherungsschutz die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen des Versicherungsnehmers und seiner mitversicherten Familienangehörigen in ihrer Eigenschaft als Eigentümer aller während der Vertragsdauer auf sie zugelassenen Fahrzeuge und in ihrer Eigenschaft als Fahrer sämtlicher Fahrzeuge. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Personen, die berechtigt sind, Fahrzeuge, die auf den Versicherungsnehmer oder seine mitversicherten Familienangehörigen zugelassen sind, als Fahrer oder als Insasse zu benutzen. Außerdem erhalten Versicherungsschutz alle Personen in Ausübung ihrer Tätigkeit im oder für den land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb des Versicherungsnehmers, nicht jedoch in ihrer Eigenschaft als Eigentümer, Halter, Fahrer oder Insasse von Fahrzeugen, die nicht auf den Versicherungsnehmer oder seine mitversicherten Familienangehörigen zugelassen sind. Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen, die im Zusammenhang mit der Ausübung einer anderen als der in Satz 1 genannten selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers oder der mitversicherten Personen steht.
- 2) Fahrzeuge im Sinne dieser Bestimmung sind Motorfahrzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie Anhänger.
- 3) Der Versicherungsschutz umfaßt, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Artikels 4,
  - a) die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen;
  - b) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen, die in der Eigenschaft als Eigentümer und Fahrer von Fahrzeugen geschlossen werden;
  - c) die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Arbeits- und Anstellungsverträgen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur;
  - d) die Verteidigung in Strafverfahren wegen Verletzung einer strafrechtlichen oder polizeilichen Vorschrift. Bei Freiheitsentzug sind Gnadengesuche, Bewährungsgesuche und Anträge auf Strafaufschub eingeschlossen, soweit sie zwei Anträge pro Versicherungsfall nicht überschreiten;
  - e) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in Straf- und Verwaltungsverfahren wegen Fahrverbotes und wegen Entzuges, Beschränkung oder Wiedererlangung der Fahrerlaubnis;
  - f) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in sozialrechtlichen Verfahren;
  - g) die Erteilung eines mündlichen oder schriftlichen Rates oder einer Auskunft durch einen vom Versicherer zu bestimmenden Rechtsanwalt in familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten. Rat oder Auskunft dürfen nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit des Rechtsanwaltes zusammenhängen. Als Versicherungsfall gilt abweichend von Artikel 10 das Ereignis, das eine Veränderung der Rechtslage des Versicherungsnehmers zur

Folge hat und deshalb einen Rechtsrat oder eine Rechtsauskunft erforderlich macht;

- h) die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus schuldrechtlichen Verträgen und aus dinglichen Rechten.
- 4) Es besteht kein Versicherungsschutz für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen
- a) aus Miet- und Pachtverhältnissen über Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile sowie über land- und forstwirtschaftliche Betriebe;
  - b) aus dinglichen Rechten an Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen.
- 5) Der Versicherer ist von seiner Leistungspflicht entbunden, wenn der Fahrer des versicherten Fahrzeuges bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht die vorgeschriebene Fahrerlaubnis hatte, zum Führen des Fahrzeuges nicht berechtigt war, das Fahrzeug nicht zugelassen oder nicht gemäß den

gesetzlichen Vorschriften versichert war. Der Versicherungsschutz bleibt jedoch für die mitversicherten Personen bestehen, die vom Fehlen der Fahrerlaubnis, vom Fehlen der Berechtigung zur Fahrzeugbenutzung oder vom Fehlen der Zulassung ohne Verschulden keine Kenntnis hatten.

### **Artikel 27. Immobilien-Rechtsschutz**

Versicherungsschutz wird dem Versicherungsnehmer für die Wahrnehmung der rechtlichen Interessen aus Miet- und Pachtverhältnissen und aus dinglichen Rechten gewährt, und zwar in seiner in der Versicherungspolice bezeichneten Eigenschaft als Eigentümer, Vermieter, Verpächter oder als Mieter, Pächter oder dinglich Nutzungsberechtigter eines in der Versicherungspolice bezeichneten Grundstückes, Gebäudes oder Gebäudeteiles.

Die vorliegenden Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung sind gültig ab dem 1.1.2002



**D.A.S. Luxembourg • Allgemeine Rechtsschutz-Versicherung • Société Anonyme**  
**3 rue Thomas Edison • L-1445 Strassen**

## Première partie - Dispositions générales

### Préambule

Le présent contrat est régi par la législation luxembourgeoise sur les assurances. Les droits et obligations des parties contractantes sont définis par les Conditions Générales subséquentes ainsi que par d'éventuelles Conventions Spéciales contenues dans la police d'assurance et le cas échéant dans les avenants.

### Article 1. Objet de l'assurance

- 1) En cas de sinistre, la compagnie assume la défense des intérêts juridiques du preneur, pour autant que cette défense soit nécessaire, et elle supporte les frais qui en découlent à charge du preneur. La défense des intérêts juridiques est considérée comme nécessaire, s'il existe des chances suffisantes d'obtenir gain de cause et si elle ne paraît ni abusive ni arbitraire.
- 2) La garantie couvre les risques énumérés dans la police d'assurance et dans les avenants, conformément aux dispositions particulières des articles 20 à 27.

### Article 2. Etendue de l'assurance

- 1) La compagnie supporte
  - a) les frais et honoraires équitables de l'avocat chargé de la défense des intérêts juridiques du preneur conformément à l'article 12 et qui doit être établi au siège du tribunal compétent ou être inscrit au barreau de ce tribunal;
  - b) les frais de justice y compris les taxes à témoins ainsi que les frais d'huissier à l'exclusion des frais relatifs à l'établissement d'un état des lieux et d'un constat et tous autres frais annexes;
  - c) les frais et dépens résultant d'une procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire;
  - d) les frais d'expertises ordonnées par décision judiciaire ou préalablement autorisées par la compagnie;
  - e) les frais qui doivent être déboursés par le preneur hors du Grand-Duché de Luxembourg afin d'être provisoirement à l'abri de poursuites pénales (caution); ces frais sont avancés par la compagnie jusqu'à concurrence du montant de 6.500,- € par sinistre;
  - f) les frais de voyage des personnes assurées au siège du tribunal étranger compétent, pour autant que ce dernier ait ordonné la comparution personnelle des personnes assurées. Seront remboursés:
    - les frais engendrés par le déplacement par un moyen de transport public, notamment en première classe par chemin de fer ou bien en classe touriste par avion;
    - les frais engendrés par le déplacement avec le propre véhicule jusqu'à concurrence des frais engendrés par le déplacement par un moyen de transport public et ce conformément aux taux prévus par le code fiscal le jour du départ;
    - les frais de séjour et de nuitées conformément aux taux prévus par le code fiscal le jour du départ. Les pièces justificatives doivent être présentées à la compagnie. Les frais de voyage seront remboursés en euro; les montants en devises étrangères seront convertis en euro au taux de change du jour du départ;

- g) les frais engendrés par la défense des intérêts juridiques de la partie adverse et incombant à celle-ci, dans la mesure où le preneur est tenu de les rembourser.
- 2) La compagnie doit fournir les prestations prévues à l'alinéa 1) au moment même où le preneur lui-même est tenu au paiement.
- 3) La compagnie ne supporte pas
  - a) les frais de plus de trois procédures d'exécution par titre exécutoire et les frais de procédures d'exécution entamées plus de cinq ans après que la décision ait été coulée en force de chose jugée;
  - b) les frais qu'un tiers doit ou devrait supporter, si le preneur n'était pas couvert par une assurance protection juridique.
- 4) Pour tout sinistre, la compagnie accorde la garantie jusqu'à concurrence du montant de couverture convenu; à cet effet les prestations fournies en faveur du preneur et celles fournies aux autres coassurés sont cumulées. Il en est de même pour les prestations fournies sur base de plusieurs sinistres qui ont un lien commun de cause et de temps. S'il est à prévoir que les frais dépasseront le montant de couverture, la compagnie peut soit consigner cette somme, en déduisant les prestations déjà fournies, soit payer ce montant au preneur.

### Article 3. Etendue territoriale

La garantie est accordée pour les sinistres qui surviennent en Europe ainsi que dans les Etats non européens riverains de la Méditerranée, pour autant que la compétence juridique territoriale, nécessaire à la prise en charge des intérêts juridiques du preneur, soit donnée dans ces Etats.

### Article 4. Exclusions de risques

- 1) La garantie, conformément aux dispositions particulières des articles 20 à 27, ne comprend pas la défense des intérêts juridiques
  - a) se rapportant directement ou indirectement à des faits de guerre, des hostilités, révolutions, troubles, émeutes, grèves, lock-outs ou tremblements de terre;
  - b) se rapportant directement ou indirectement à des dommages nucléaires dus à des réacteurs nucléaires ou à des dommages génétiques provoqués par des irradiations radioactives;
  - c) se rapportant à des litiges qui ont leur origine dans des contrats de sociétés commerciales ou coopératives, des litiges entre associés et entre coopérateurs;
  - d) se rapportant à des litiges nés entre une personne morale et un représentant légal ou de fait, que ce dernier soit en outre salarié ou non;
  - e) se rapportant à des litiges en matière de droit des associations de droit ou de fait;

- f) se rapportant à des litiges en matière de législation sur les brevets d'invention, les droits d'auteur, les marques déposées, les ententes et en matière de législation sur la propriété intellectuelle;
  - g) se rapportant à des litiges en matière de législation sur la concurrence déloyale et sur les prix;
  - h) se rapportant à des litiges en matière de contrats conclus par ou avec des représentants de commerce;
  - i) se rapportant à des litiges en matière de contrats de jeu ou de pari;
  - j) se rapportant à des litiges en matière de contrats de cautionnement, d'aval, de reprise de dettes et de garantie ainsi qu'en matière de contrats d'assurance bijoux, transport, caution, crédit, responsabilité après livraison et arrêt d'exploitation;
  - k) se rapportant au droit des personnes, des régimes et des biens matrimoniaux, des pensions alimentaires et au droit successoral;
  - l) se rapportant directement à l'achat, la vente, la donation ou la planification, la construction ou une transformation, soumise à autorisation, d'un terrain, d'un bâtiment ou d'une partie de bâtiment dont le preneur est le possesseur, le propriétaire ou qu'il se propose d'acquérir;
  - m) se rapportant à des litiges en matière de dégâts miniers causés à des propriétés foncières;
  - n) se rapportant à des litiges en matière de droit canonique;
  - o) se rapportant à des litiges en matière de droit fiscal et toute autre contribution, taxe et redevance;
  - p) relevant de la compétence de Conseils Constitutionnels ou de tribunaux internationaux respectivement supranationaux;
  - q) se rapportant à une procédure de concordat ou de faillite ouverte contre le preneur;
  - r) se rapportant à des procédés de lotissement, de remembrement rural, de réorganisation foncière ou d'expropriation ou à des plans d'aménagement;
  - s) se rapportant à des litiges en matière de droit administratif, sauf ceux expressément visés dans les dispositions particulières.
- 2) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques se rapportant à des litiges nés de contrats conclus avec la compagnie elle-même.
  - 3) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques résultant de droits cédés au preneur après la survenance du sinistre ou de droits que le preneur a acquis par subrogation. Il en est de même en ce qui concerne les droits de tiers que le preneur fait valoir en son propre nom.
  - 4) La garantie est exclue en matière criminelle. En matière délictuelle la garantie est accordée s'il est reproché au preneur d'avoir commis une infraction par négligence ou involontairement. En cas de délit en matière de circulation routière la garantie est aussi accordée s'il ne résulte pas d'un jugement coulé en force de chose jugée que le preneur a commis l'infraction intentionnellement.
  - 5) La garantie ne comprend pas le paiement des amendes ou autres peines pécuniaires.
  - 6) La garantie est exclue pour tout sinistre déclaré à la compagnie plus d'un an après sa survenance ou plus d'un an après l'expiration du contrat couvrant le risque concerné.

## Article 5. Conclusion du contrat d'assurance et prise d'effet de la garantie

- 1) Le contrat est formé par la signature de la convention par les parties contractantes. Le contrat entre en vigueur au plus tôt le lendemain du jour de la signature et ce à l'heure déterminée, à moins que les parties contractantes n'aient convenu d'une date et heure d'entrée en vigueur ultérieures, encore que la première prime n'ait pas été payée. Nonobstant à ce qui précède, les parties contractantes peuvent convenir d'une période d'attente.
- 2) La compagnie est tenue de remettre au preneur un document relatif au contrat d'assurance (police d'assurance). Le

contrat d'assurance est conclu dans les limites et conditions stipulées dans la police d'assurance, à moins que le preneur ne sollicite par écrit, endéans les cinq jours suivant la réception de la police, une rectification ou un amendement.

## Article 6. Durée du contrat d'assurance

Le contrat est conclu pour la période stipulée dans la police d'assurance. La durée convenue ne doit cependant être supérieure à cinq ans. Si le contrat est conclu pour une durée d'au moins un an, il est tacitement reconduit d'année en année, à moins qu'il n'ait été dénoncé par lettre recommandée trois mois avant son expiration. Si le contrat est conclu pour une durée inférieure à un an, il expire à la date et à l'heure convenues, sans aucune dénonciation.

Indépendamment de la durée convenue, le preneur et la compagnie ont le droit de résilier le contrat chaque année à l'échéance de la prime annuelle en envoyant une lettre recommandée à l'autre partie au moins trois mois avant cette date.

## Article 7. Paiement des primes

- 1) Les primes sont annuelles et payables d'avance. Elles sont payables au siège de la compagnie. Les parties contractantes peuvent convenir d'un paiement par fractions payables d'avance. Dans ce cas, il est accordé un délai de paiement pour toutes les fractions qui ne viennent pas immédiatement à échéance. Lorsque le preneur est en retard de paiement d'une fraction de prime, la compagnie peut exiger le paiement immédiat de toutes les autres fractions de la prime annuelle non encore échues. Dans ce cas le délai de paiement est annulé.
- 2) Toutes les primes sont payables à la date d'échéance.
- 3) Si le preneur est en retard de paiement de plus de 10 jours, la compagnie peut lui impartir par voie de lettre recommandée un délai de 30 jours pour se libérer. Lorsque le preneur ne paie pas endéans le délai lui impartit, la compagnie est en droit
  - a) de suspendre le contrat, ce qui la libère de toute obligation. Les primes afférentes à la période de suspension du contrat sont rédues. Lorsque la prime échue et les frais éventuels de mise en demeure et de recouvrement auront été versés à la compagnie, la garantie reprend son effet le lendemain à zéro heure du jour du paiement. La compagnie n'est pas tenue d'accorder la garantie pour les sinistres survenus pendant la période de suspension du contrat;
  - b) de résilier le contrat avec effet immédiat après écoulement d'un délai supplémentaire de 10 jours. Dans ce cas les primes échues sont rédues jusqu'au jour de la résiliation.
- 4) En cas d'augmentation de prime la compagnie est en droit de réclamer au preneur la nouvelle prime et ce à partir de la prochaine échéance annuelle. La compagnie doit cependant en avertir le preneur par lettre recommandée au moins 3 mois avant l'échéance de la prime majorée. Endéans les 30 jours à partir de la date d'envoi de cette lettre, le preneur a le droit de résilier son contrat par lettre recommandée avec effet à la date d'échéance de la prime majorée. A défaut d'une telle résiliation, la nouvelle prime tient lieu de convention entre parties contractantes après écoulement du délai de 30 jours susmentionné.
- 5) En cas de réduction de prime la nouvelle prime est due à partir de la prochaine échéance annuelle.
- 6) a) Les primes annuelles et les sommes assurées varient à chaque échéance annuelle suivant l'indice général publié par le Statec à Luxembourg (Base = 100 au 1.1.1948).
  - b) Les variations des primes annuelles et des sommes assurées sont calculées en fonction de la variation de l'indice du jour de l'échéance par rapport à l'indice du jour de la conclusion du contrat:
    - l'indice du jour de la conclusion du contrat est le dernier indice publié par le Statec avant le 31.12. de l'année précédant l'entrée en vigueur du contrat ou d'un avenant au contrat;

- l'indice du jour de l'échéance est le dernier indice publié par le Statec avant le 31.12 de l'année précédant l'échéance annuelle du contrat.

c) Au cas où, par l'effet de l'indexation, la prime annuelle augmente de plus de 20% ou si la prime convenue lors de la conclusion du contrat se dédouble en cours de contrat, le preneur est en droit de résilier le contrat endéans le mois suivant la notification de l'augmentation de prime par la compagnie et ce avec effet au jour où la prime augmentée devait être appliquée.

### Article 8. Aggravation, diminution et disparition du risque

- 1) Au cas où, après la conclusion du contrat, il apparaît une circonstance qui, d'après le tarif de la compagnie actuellement en vigueur, justifie une prime plus élevée que celle convenue au contrat, la compagnie peut exiger le paiement de la prime majorée à partir du moment où cette circonstance est apparue.
- 2) Au cas où, après la conclusion du contrat, il apparaît une circonstance qui, d'après le tarif de la compagnie actuellement en vigueur, justifie une réduction de la prime convenue, le preneur a le droit d'exiger la réduction de la prime à celle prévue par le tarif, à partir de la survenance de cette circonstance. Lorsque le preneur avise la compagnie d'une telle circonstance plus d'un mois après sa survenance, la prime est réduite à partir de la date de réception de cet avis. Lorsque la compagnie et le preneur ne parviennent pas à un accord sur la prime nouvelle dans un délai d'un mois à compter de la demande de diminution de la prime par le preneur, celui-ci peut résilier le contrat avec effet immédiat.
- 3) Au cas où le risque assuré disparaît, le contrat d'assurance est résilié. Au cas où l'un des risques assurés disparaît, l'assurance se limite aux risques qui subsistent. Lorsque, endéans un mois, le preneur avise la compagnie de la disparition du risque, celle-ci a droit à la prime respectivement à la fraction de prime échue jusqu'à la disparition du risque. Lorsque la compagnie reçoit cet avis plus d'un mois après la disparition du risque, elle a droit à la prime respectivement à la fraction de prime échue jusqu'à la réception de l'avis.
- 4) Lorsque, au moment de la conclusion du contrat, le risque n'existe pas où s'est déjà réalisé, le contrat est nul. Dans ces cas, la compagnie est en droit de revendiquer le remboursement de ses frais. Lorsque, dans les mêmes cas, le preneur a contracté de mauvaise foi ou en commettant une erreur inexcusable, la compagnie est en droit de conserver la prime relative à la période allant de la prise d'effet du contrat jusqu'au jour où elle apprend l'inexistence du risque.

### Article 9. Situation juridique des tiers

- 1) La compagnie assume la défense des intérêts de toute personne physique qui peut faire valoir un droit personnel à indemnisation, droit résultant soit de l'homicide, soit de coups et blessures sur la personne du preneur, soit de la maladie de celui-ci.
- 2) Sauf convention contraire, le preneur est seul autorisé à faire valoir pour lui-même et pour les autres personnes assurées les droits résultant du contrat d'assurance. La compagnie a cependant le droit d'accorder la garantie aux autres personnes assurées aussi longtemps que le preneur ne s'y oppose pas.
- 3) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques des personnes assurées sur base d'un même contrat d'assurance, lorsque celles-ci ont des droits à faire valoir soit l'une contre l'autre, soit contre le preneur.
- 4) Toutes les dispositions sont à appliquer par analogie en faveur et contre toutes les personnes coassurées. Indépendamment de ce fait, le preneur est tenu solidairement avec les personnes coassurées de remplir les obligations découlant du contrat.

### Article 10. Survenance du sinistre

- 1) En cas d'action en dommages-intérêts basée sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile, la survenance du fait dommageable, sur lequel repose l'action, est considérée comme sinistre.
- 2) En cas de délit ou de contravention, le sinistre est considéré comme survenu au moment où le preneur a commis ou est présumé avoir commis l'infraction. Il en est de même pour les procédures concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire, dans la mesure où le permis de conduire a été retiré ou limité en raison d'un délit ou d'une contravention.
- 3) Dans tous les autres cas le sinistre est considéré comme survenu au moment où le preneur, son adversaire ou un tiers a commencé ou est présumé avoir commencé à violer une convention, une disposition légale ou une loi. En cas de plusieurs violations, la première ayant un lien de causalité adéquat est déterminante. Aucune garantie n'est accordée, lorsqu'une telle violation se produit endéans les trois premiers mois suivant la conclusion du contrat d'assurance.

### Article 11. Obligations après sinistre

- 1) Lorsque le preneur requiert le bénéfice de la garantie, il est tenu
  - a) de donner à la compagnie sans délai une description complète et fidèle de toutes les circonstances du sinistre, de signaler tous les moyens de preuve ainsi que tous les justificatifs et de les mettre à la disposition de la compagnie, à la demande de celle-ci ; il en est de même lorsqu'un avocat a été chargé de la défense des intérêts juridiques du preneur;
  - b) de tenir la compagnie au courant de l'évolution de la procédure et, si besoin en est, de prendre toutes les mesures pouvant contribuer au règlement du sinistre;
  - c) de solliciter l'accord écrit de la compagnie préalablement à toute prise de mesures engendrant des frais, notamment avant l'introduction d'une action ou d'une voie de recours;
  - d) d'éviter en général tout ce qui pourrait soit entraîner une augmentation inutile des frais, soit en compliquer le remboursement par la partie adverse.
- 2) Si le preneur ne respecte pas l'une des obligations mentionnées à l'alinéa 1), la compagnie est libérée de toute obligation.

### Article 12. Choix et commission de l'avocat

- 1) Au cas où l'intervention d'un avocat est requise, le preneur a le droit de proposer à la compagnie un avocat de son choix, qui assumera la défense de ses intérêts juridiques et dont les frais et honoraires sont à supporter par la compagnie, conformément aux dispositions de l'article 2 alinéa 1)a). Au cas où le preneur ne choisit pas lui-même un avocat, la compagnie peut user de ce droit au nom du preneur.
- 2) La compagnie ne prend en charge les honoraires et frais que d'un seul avocat par sinistre, en ce sens qu'elle se réserve le droit de décliner toute prise en charge en cas de changement d'avocat qui ne serait pas justifié par un motif légitime. Sont à considérer comme motif légitime le décès de l'avocat et la cessation de l'activité de l'avocat. Tout autre motif est à considérer comme non-légitime au sens des présentes.
- 3) L'avocat est exclusivement mandaté par la compagnie, au nom et pour compte du preneur. La compagnie est libérée de toute obligation, si le preneur charge directement un avocat sans l'accord préalable de la compagnie.
- 4) L'avocat est responsable vis-à-vis du preneur de l'exécution de son mandat. La compagnie n'est pas responsable des actes de l'avocat.

### **Article 13. Autres droits et devoirs de la compagnie**

---

- 1) La compagnie est en droit et, à la demande du preneur, même obligée de défendre les intérêts de celui-ci en essayant d'obtenir le règlement du sinistre avant qu'un avocat ne soit mandaté.
- 2) La compagnie est en droit de refuser la prise en charge, lorsqu'elle considère que la défense des intérêts juridiques du preneur n'est pas nécessaire (article 1 alinéa 1). Lorsque pour cette raison la compagnie refuse la prise en charge, elle est tenue d'en informer le preneur immédiatement par écrit et de lui en donner les motifs.
- 3) Au cas où le preneur veille lui-même à la défense de ses intérêts juridiques, malgré le refus de la compagnie, et s'il y réussit, la compagnie doit agir comme si elle avait assumé dès la survenance du litige la défense des intérêts juridiques du preneur, dans la mesure où celle-ci a abouti.
- 4) Au cas où la compagnie prend en charge un sinistre, elle est en droit de résilier le contrat d'assurance par lettre recommandée dans le mois suivant le premier paiement d'une prestation avec un délai de préavis d'un mois.
- 5) Le preneur est en droit de choisir un avocat chaque fois que survient un conflit d'intérêt entre lui et la compagnie au sens de l'article 94 de la loi du 27 juillet 1997 sur le contrat d'assurance.
- 6) En cas de divergence d'opinion entre la compagnie et le preneur quant à l'attitude à adopter pour régler le différend, notamment quant aux chances de réussite d'une action en justice, cette divergence d'opinion peut être soumise à un arbitre désigné d'un commun accord par la compagnie et par le preneur. Chaque partie supporte la moitié des frais de l'arbitre. En cas de désaccord sur le choix de l'arbitre, un arbitre sera nommé par ordonnance du juge des référés du tribunal d'arrondissement du domicile du preneur.

### **Article 14. Remboursement de frais à la compagnie**

---

- 1) La compagnie est subrogée dans les droits du preneur en ce qui concerne les frais qu'elle a avancés pour son compte. Une indemnité de procédure accordée au preneur fait partie de ces droits. Le preneur est tenu de rembourser à la compagnie le montant des frais qui lui ont déjà été restitués.
- 2) En cas de subrogation le preneur est tenu de soutenir la compagnie dans son action en remboursement de frais

contre un tiers. Il doit notamment remettre à la compagnie, à la demande de celle-ci, toutes les pièces justificatives concernant la subrogation.

- 3) Le preneur est tenu de rembourser à la compagnie les frais que celle-ci a avancés conformément aux dispositions de l'article 2 alinéa 1) e) (caution), pour autant que soit ces avances soient retenues à titre de peine, d'amende ou à titre de garantie pour la poursuite d'une action en dommages-intérêts intentée contre le preneur, soit la caution devienne caduque.

### **Article 15. Cession de droits découlant du contrat d'assurance**

---

Les droits pouvant résulter du contrat d'assurance ne peuvent être cédés aussi longtemps que leur fondement et leur étendue n'ont pas été définitivement déterminés, à moins que la compagnie n'y ait consenti par écrit.

### **Article 16. Compensation**

---

Ni le preneur ni aucun autre assuré ne peuvent compenser les droits de la compagnie avec les droits qu'ils pourraient éventuellement faire valoir contre celle-ci.

### **Article 17. Prescription**

---

Tous les droits découlant du contrat d'assurance se prescrivent après trois ans. Ce délai commence à courir dès la survenance de l'événement qui est à la base du droit en question.

### **Article 18. Avis et déclarations**

---

- 1) Tous les avis et toutes les déclarations émanant du preneur ou d'un autre assuré doivent être remis par écrit et être transmis à la compagnie.
- 2) Les accords conclus entre le preneur d'une part et les agents, représentants et employés de la compagnie d'autre part, n'ont de valeur que s'ils sont confirmés par écrit par la compagnie.

### **Article 19. Juridiction**

---

- 1) Toute contestation pouvant naître à l'occasion du contrat d'assurance sera de la compétence exclusive des tribunaux du Grand-Duché de Luxembourg.
- 2) En cas de doute, la version allemande des conditions générales de l'assurance protection juridique fait seule foi.

## Deuxième partie - Dispositions particulières

### Article 20. Protection juridique-véhicule

- 1) La garantie est accordée au preneur en sa qualité de propriétaire, détenteur, conducteur ou occupant du véhicule désigné dans la police d'assurance. La garantie s'étend également à toute autre personne autorisée à utiliser le véhicule assuré en tant que conducteur ou occupant.
- 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
- 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation des règles du code de la route. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire.
- 4) Par convention particulière, la garantie peut être limitée aux prestations énumérées à l'alinéa 3)a), c) et d).
- 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur du véhicule assuré n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.
- 6) Dispositions relatives aux véhicules de remplacement:
  - a) Contrairement à ce qui est stipulé à l'article 8 alinéa 3), en cas d'aliénation du véhicule assuré ou si le risque assuré disparaît d'une autre façon, la garantie est reportée sur un autre véhicule similaire du preneur qui remplace par la suite le véhicule assuré jusque-là (véhicule de remplacement). Sont considérés comme véhicules similaires respectivement les cycles à moteur auxiliaire, voitures particulières, breaks, camions et autres véhicules utilitaires, autobus, remorques y compris les roulottes, navires et avions.
  - b) En cas d'acquisition d'un véhicule destiné à remplacer le véhicule assuré avant que le risque assuré n'ait disparu, la garantie est reportée sur le véhicule de remplacement au moment de l'acquisition de celui-ci. Le véhicule initialement assuré le reste jusqu'à son aliénation, au maximum pendant un mois suivant l'acquisition du nouveau véhicule, mais en aucun cas au-delà de la durée du contrat d'assurance. Le véhicule acquis endéans le mois précédant la disparition du risque est considéré comme véhicule de remplacement.
  - c) Un véhicule acquis endéans les six mois suivant la disparition du risque est également considéré comme véhicule de remplacement. Dans ce cas le contrat d'assurance est prorogé pour une durée égale à celle, pendant laquelle la compagnie n'avait pas à supporter de risque. Lorsque, endéans le mois suivant la disparition du risque, le preneur en avise la compagnie, celle-ci a droit à la fraction de prime échue jusqu'à la disparition du risque. Lorsque la compagnie en est avisée plus d'un mois après la disparition du risque, elle a droit à la fraction de prime échue jusqu'à la réception de l'avis.

- d) Au cas où la garantie comprend la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles, elle s'étend également à l'acte juridique relatif à l'acquisition du véhicule de remplacement, dans la mesure où cet acte juridique a été conclu endéans la période pendant laquelle le contrat d'assurance était en vigueur.
- e) La compagnie doit immédiatement être avisée de l'aliénation du véhicule assuré ou de toute autre disparition du risque. Il en est de même en cas d'acquisition d'un véhicule de remplacement dont le numéro d'immatriculation doit être indiqué dans l'avis. Au cas où le preneur omet d'aviser la compagnie de l'acquisition d'un véhicule de remplacement, ce dernier n'est pas assuré, à moins que cette omission ne puisse être imputée au preneur.
- f) A défaut de véhicule de remplacement au moment de la disparition du risque et au cas où le preneur n'en acquiert aucun endéans les six mois suivant la disparition du risque, la compagnie est tenue, sur avis du preneur, de résilier le contrat d'assurance à partir du moment de la disparition du risque. Au cas où cet avis parvient à la compagnie plus d'un mois après expiration du délai de six mois, le contrat d'assurance est résilié à partir du moment de la réception de l'avis. La compagnie a droit à la fraction de prime échue jusqu'à la résiliation du contrat d'assurance.

### Article 21. Protection juridique-circulation

- 1) La garantie est accordée au preneur en sa qualité de propriétaire, détenteur, conducteur ou occupant de tous les véhicules immatriculés à son nom au moment de la conclusion et pendant la durée du contrat d'assurance, ainsi qu'en sa qualité de conducteur de véhicules non immatriculés à son nom et qui ne lui appartiennent pas. La garantie s'étend également à toute autre personne autorisée à utiliser un véhicule assuré en tant que conducteur ou occupant.
- 2) La garantie peut être limitée, en ce qui concerne le preneur, à sa qualité de propriétaire ou d'occupant de tous les véhicules similaires immatriculés à son nom au moment de la conclusion et pendant la durée du contrat d'assurance, ainsi qu'à sa qualité de conducteur de véhicules non immatriculés à son nom et qui ne lui appartiennent pas. Sont considérés comme véhicules similaires respectivement les cycles à moteur auxiliaire, voitures particulières, breaks, camions et autres véhicules utilitaires, autobus, remorques y compris les roulottes, navires et avions. Dans ce cas la garantie s'étend à toute personne autorisée à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules similaires immatriculés au nom du preneur.
- 3) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
- 4) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation des règles du code de la route. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire.
- 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur n'était pas titulaire du per-

mis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.

- 6) Endéans le mois suivant la réception d'une sommation, le preneur est tenu d'aviser la compagnie de l'immatriculation de tout véhicule non encore déclaré et, en ce qui concerne l'alinéa 2), de tout véhicule similaire non encore déclaré. La garantie est exclue pour les sinistres concernant un véhicule dont l'immatriculation n'a pas encore été déclarée à la compagnie, malgré une sommation de la part de celle-ci. Cette disposition n'est pas applicable au cas où le preneur est en mesure de prouver que l'immatriculation du véhicule a été effectuée après la conclusion du contrat d'assurance et que le sinistre est survenu avant l'expiration du délai de déclaration.
- 7) Au cas où un véhicule immatriculé au nom du preneur est retiré de la circulation pendant moins de cinq mois et si ce fait est déclaré auprès du service d'immatriculation, l'article 8 alinéa 3) n'est pas d'application. Au cas où un véhicule qui a été retiré de la circulation pendant plus de cinq mois est à nouveau immatriculé, l'alinéa 6) phrase 1 est d'application.
- 8) Au cas où le preneur n'est plus propriétaire ou détenteur de véhicules depuis au moins six mois, il peut, dans la mesure où il ne fait pas valoir ses droits découlant de l'article 8 alinéa 3), exiger que le contrat d'assurance soit résilié à partir du moment où il n'est plus propriétaire ou détenteur de véhicules. Au cas où le preneur présente cette demande plus d'un mois après expiration du délai minimum de six mois mentionné ci-avant, la compagnie est tenue de résilier le contrat d'assurance à partir du moment de la réception de la demande. La compagnie a droit à la fraction de prime échue jusqu'à la résiliation du contrat d'assurance.

## Article 22. Protection juridique-conducteur

- 1) La garantie est accordée au preneur en sa qualité de conducteur de véhicules non immatriculés à son nom et qui ne lui appartiennent pas.
- 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
- 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques en cas de violation des règles du code de la route. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire.
- 4) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales.
- 5) Assurance protection juridique-conducteur pour entreprises:
  - a) La garantie peut également être accordée à tous les salariés d'une entreprise, mentionnée dans la police d'assurance, et qui sont occupés au sein de cette entreprise comme chauffeurs, en leur qualité de conducteurs. La garantie n'est pas accordée à ces conducteurs lorsqu'ils conduisent leurs véhicules personnels. La garantie est li-

mitée à l'exercice de l'activité professionnelle des conducteurs dans l'intérêt de l'entreprise assurée.

- b) Endéans le mois suivant la réception d'une sommation, l'entreprise assurée est tenue de communiquer à la compagnie l'embauchage de tout conducteur non encore déclaré jusque-là. Si en cas de sinistre l'embauchage n'a pas encore été communiqué à la compagnie, malgré sommation de la part de celle-ci, le conducteur en question ne bénéficie pas de la garantie. Cette disposition n'est pas d'application, si l'entreprise assurée est en mesure de prouver que le conducteur concerné a été embauché après la conclusion du contrat d'assurance et que le sinistre est survenu avant l'expiration du délai de déclaration.

## Article 23. Protection juridique pour commerçants et professions libérales

- 1) La garantie est accordée aux commerçants et aux membres d'une profession libérale en leur qualité désignée dans la police d'assurance. La garantie s'étend aux ouvriers et employés du preneur dans l'exercice de leur activité professionnelle dans l'intérêt de celui-ci. D'autre part, la garantie est accordée aux membres de la famille du preneur dans la mesure où ceux-ci exercent une activité dans le domaine professionnel du preneur.
- 2) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social.
- 3) La garantie peut être étendue à la défense judiciaire des intérêts juridiques du preneur résultant d'obligations contractuelles, à condition que la valeur du litige dépasse le montant indiqué dans la police d'assurance. Lorsque la valeur du litige est déterminée en fonction de revendications entières ou bien en fonction de revendications partielles échues à des termes différents, la garantie n'est accordée que pour les revendications entières ou partielles qui sont échues simultanément et qui dépassent le montant prévu au contrat.
- 4) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
  - a) en sa qualité de propriétaire, de détenteur, de conducteur, de locataire ou de preneur de leasing de véhicules;
  - b) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.
- 5) Assurance protection juridique pour le commerce et l'artisanat automobile, les auto-écoles et les stations d'essence:
  - a) Au cas où le preneur est propriétaire d'une entreprise de commerce d'automobiles ou d'artisanat automobile, d'une auto-école ou d'une station d'essence, il bénéficie également de la garantie en sa qualité de propriétaire ou de conducteur de véhicules immatriculés à son nom, contrairement à ce qui est dit à l'alinéa 4).
  - b) Au cas où d'autres personnes sont autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules immatriculés au nom du preneur, ces personnes bénéficient également de la garantie. La garantie est également accordée aux personnes coassurées conformément à l'alinéa 1), lorsque celles-ci sont autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant un véhicule non immatriculé au nom du preneur, mais se trouvant passagèrement dans l'entreprise du preneur au moment du sinistre.

- c) En plus de l'alinéa 2), la garantie comprend la défense des intérêts juridiques
    - résultant de contrats conclus par le preneur en sa qualité de propriétaire de véhicules immatriculés à son nom;
    - en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire.
  - d) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.
- 6) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.

### **Article 24. Protection juridique-privée et professionnelle pour familles ou communautés de vie**

- 1) La garantie est accordée au preneur, à son conjoint respectivement partenaire de vie, à leurs enfants mineurs ainsi qu'à leurs enfants majeurs jusqu'à l'âge de 25 ans, pour autant que ces derniers suivent une formation scolaire. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité indépendante ou libérale exercée par le preneur et les personnes coassurées.
- 2) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail ou d'emploi de droit public ou privé;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
  - e) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
  - f) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
- 3) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
  - a) en sa qualité de propriétaire, de détenteur, de conducteur, de locataire ou de preneur du leasing de véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que de remorques;
  - b) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
  - c) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.

### **Article 24. a) Protection juridique-privée pour retraités ou pensionnés**

- 1) La garantie est accordée au preneur, à son conjoint respectivement partenaire de vie, à leurs enfants mineurs ainsi qu'à leurs enfants majeurs jusqu'à l'âge de 25 ans, pour autant que ces derniers suivent une formation scolaire. La ga-

rantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité professionnelle exercée par le preneur et les personnes coassurées.

- 2) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - c) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
  - d) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
  - e) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
- 3) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
  - a) en sa qualité de propriétaire, de détenteur, de conducteur, de locataire ou de preneur du leasing de véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que de remorques;
  - b) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
  - c) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.

### **Article 24. b) Protection juridique-privée et professionnelle pour personnes seules**

- 1) La garantie est accordée au preneur en tant que personne seule. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité indépendante ou libérale exercée par le preneur.
- 2) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail ou d'emploi de droit public ou privé;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
  - e) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
  - f) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
- 3) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur

- a) en sa qualité de propriétaire, de détenteur, de conducteur, de locataire ou de preneur du leasing de véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que de remorques;
- b) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
- c) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.

## **Article 25. Protection juridique-privée, professionnelle et circulation pour familles ou communautés de vie**

- 1) La garantie est accordée au preneur, à son conjoint respectivement partenaire de vie, à leurs enfants mineurs ainsi qu'à leurs enfants majeurs jusqu'à l'âge de 25 ans, pour autant que ces derniers suivent une formation scolaire. Excepté ces derniers, la garantie comprend la défense des intérêts juridiques du preneur et des membres de sa famille coassurés en leur qualité de propriétaire de tous les véhicules immatriculés à leur nom pendant la durée du contrat d'assurance et en leur qualité de conducteur de tous autres véhicules. La garantie s'étend à toutes les personnes autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules immatriculés au nom du preneur ou des membres de sa famille coassurés. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité indépendante ou libérale exercée par le preneur et par les personnes coassurées.
- 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
- 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats conclus par le preneur en sa qualité de propriétaire et de conducteur de véhicules;
  - c) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail ou d'emploi de droit public ou privé;
  - d) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - e) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire;
  - f) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
  - g) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
  - h) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
- 4) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
  - a) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
  - b) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.
- 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur du véhicule n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé

valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.

## **Article 25. a) Protection juridique-privée et circulation pour retraités ou pensionnés**

- 1) La garantie est accordée au preneur, à son conjoint respectivement partenaire de vie, à leurs enfants mineurs ainsi qu'à leurs enfants majeurs jusqu'à l'âge de 25 ans, pour autant que ces derniers suivent une formation scolaire. Excepté ces derniers, la garantie comprend la défense des intérêts juridiques du preneur et des membres de sa famille coassurés en leur qualité de propriétaire de tous les véhicules immatriculés à leur nom pendant la durée du contrat d'assurance et en leur qualité de conducteur de tous autres véhicules. La garantie s'étend à toutes les personnes autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules immatriculés au nom du preneur ou des membres de sa famille coassurés. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité professionnelle exercée par le preneur ou par les personnes coassurées.
- 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
- 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
  - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
  - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats conclus par le preneur en sa qualité de propriétaire et de conducteur de véhicules;
  - c) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
  - d) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire;
  - e) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
  - f) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
  - g) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
- 4) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
  - a) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
  - b) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.
- 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur du véhicule n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient lé-

gitement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.

## **Article 25. b) Protection juridique privée, professionnelle et circulation pour personnes seules**

- 1) La garantie est accordée au preneur en tant que personne seule. La garantie comprend la défense des intérêts juridiques du preneur en sa qualité de propriétaire de tous les véhicules immatriculés à son nom pendant la durée du contrat d'assurance et en sa qualité de conducteur de tous autres véhicules. La garantie s'étend à toutes les personnes autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules immatriculés au nom du preneur. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec une activité indépendante ou libérale exercée par le preneur.
  - 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
  - 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
    - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
    - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats conclus par le preneur en sa qualité de propriétaire et de conducteur de véhicules;
    - c) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail ou d'emploi de droit public ou privé;
    - d) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
    - e) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire;
    - f) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
    - g) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
    - h) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
  - 4) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
    - a) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments;
    - b) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.
  - 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur du véhicule n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.
- mineurs ainsi qu'à leurs enfants majeurs jusqu'à l'âge de 25 ans, pour autant que ces derniers suivent une formation scolaire. Excepté ces derniers, la garantie comprend la défense des intérêts juridiques du preneur et des membres de sa famille coassurés en leur qualité de propriétaire de tous les véhicules immatriculés à leur nom pendant la durée du contrat d'assurance et en leur qualité de conducteur de tous autres véhicules. La garantie s'étend à toutes les personnes autorisées à utiliser en tant que conducteur ou occupant les véhicules immatriculés au nom du preneur ou des membres de sa famille coassurés. D'autre part la garantie est accordée à toute personne exerçant une activité au sein ou dans l'intérêt de l'exploitation agricole ou forestière du preneur, sauf en leur qualité de propriétaire, détenteur, conducteur ou occupant de véhicules non immatriculés au nom du preneur ou des membres de sa famille coassurés. La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques qui sont en relation avec l'exercice, par le preneur ou par les personnes coassurées, d'une activité indépendante ou libérale autre que celle mentionnée ci-avant.
- 2) Sont considérés comme véhicules, aux termes des présentes dispositions, tous les véhicules à moteur terrestres, maritimes et aériens ainsi que les remorques.
  - 3) La garantie comprend, sous réserve des dispositions de l'article 4,
    - a) l'exercice d'actions en dommages-intérêts basées sur les dispositions légales en matière de responsabilité civile;
    - b) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats conclus par le preneur en sa qualité de propriétaire et de conducteur de véhicules;
    - c) la défense des intérêts juridiques résultant de contrats de travail ou d'emploi de droit public ou privé;
    - d) la défense des intérêts juridiques en cas de violation d'une disposition pénale ou d'une loi de police. En ce qui concerne les peines d'emprisonnement, sont couverts les recours en grâce ainsi que les demandes de sursis avec mise à l'épreuve et de sursis à l'exécution, pour autant qu'il n'y ait pas plus de deux requêtes par sinistre;
    - e) la défense des intérêts juridiques en cas de procédure pénale ou administrative concernant l'interdiction de conduire ainsi que le retrait, la limitation ou la restitution du permis de conduire;
    - f) la défense des intérêts juridiques dans le cadre de procédures en matière de droit social;
    - g) en matière de droit familial et successoral, une consultation verbale ou écrite ou une information de la part d'un avocat choisi par la compagnie. La consultation ou l'information ne doit être en relation avec une autre activité rémunérée de l'avocat. Est considéré comme sinistre, contrairement à ce qui est stipulé à l'article 10, l'événement qui entraîne un changement de la situation juridique du preneur et qui nécessite en conséquence une consultation ou une information juridique;
    - h) la défense des intérêts juridiques résultant d'obligations contractuelles et de droits réels.
  - 4) La garantie ne comprend pas la défense des intérêts juridiques du preneur
    - a) résultant de contrats de bail et de fermage portant sur des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments ainsi que sur des exploitations agricoles ou forestières;
    - b) relatifs à des droits réels concernant des terrains, des bâtiments ou des parties de bâtiments.
  - 5) La compagnie est libérée de toute obligation, lorsqu'au moment du sinistre le conducteur du véhicule n'était pas titulaire du permis de conduire prescrit, s'il n'était pas autorisé à utiliser le véhicule, si le véhicule n'était pas immatriculé valablement ou si le véhicule n'était pas assuré conformément aux dispositions légales. La garantie subsiste cependant en faveur des personnes coassurées qui pouvaient légitimement ignorer le défaut de permis de conduire, d'autorisation d'utiliser le véhicule ou d'immatriculation valable.

## **Article 26. Protection juridique-exploitation agricole et circulation**

- 1) La garantie est accordée au preneur en sa qualité de propriétaire d'une exploitation agricole ou forestière, à son conjoint respectivement partenaire de vie, à leurs enfants

## **Article 27. Protection juridique pour immeubles**

---

La garantie comprend la défense des intérêts juridiques du preneur résultant de contrats de bail et de fermage ainsi que

de droits réels en sa qualité mentionnée dans la police d'assurance et cela soit en tant que propriétaire, bailleur à loyer ou à ferme, soit en tant que locataire, fermier ou usufruitier d'un terrain, d'un bâtiment ou d'une partie de bâtiment mentionné dans la police d'assurance.

Ces conditions générales de l'assurance protection juridique sont valables à partir du 1.1.2002